

## Kurzbericht

### Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(69. - öffentliche - Sitzung am 8. September 2021)

#### Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9620](#)

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen.

Er bat die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sowie den Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e. V. bis zum 22. September 2021 um schriftliche Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf. Ferner nahm er in Aussicht, die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs in seiner Sitzung am 29. September 2021 durchzuführen.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1840](#)

**dazu:** Eingabe 02434/07/18

**dazu:** Eingabe 02434/07/18-001

**dazu:** Eingabe 02434/07/18-002

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9833](#)

c) **Der günstige Erhaltungszustand des Wolfes muss offiziell anerkannt werden**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7545](#)

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs der Landesregierung entgegen.

Er kam überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen, und verständigte sich darauf, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils zwei Anzuhörende und von den Fraktionen der GRÜNEN und der FDP jeweils eine Anzuhörende/ein Anzuhörender benannt werden.

Außerdem werden zu der Anhörung die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sowie der Einsender der Eingabe 02434/07/18 eingeladen.

Von der Fraktion der SPD wurden als Anzuhörende bereits die Landesjägerschaft und der Waldbesitzerverband sowie von der Fraktion der FDP das Niedersächsische Landvolk benannt.

Als Termin für die Anhörung verständigte sich der Ausschuss auf den 27. Oktober 2021.

3. **Stallbrände mit Tausenden toten Tieren endlich verhindern: Brandschutzkonzepte umsetzen, Tiere effektiv schützen, Feuerwehren entlasten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9719](#)

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Antrages entgegen.

Außerdem bat er die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Antrag. Seitens der CDU-Fraktion wurde Wert darauf gelegt, den Fokus der Unterrichtung insbesondere auf den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom Sommer dieses Jahres zur Verbesserung des Brandschutzes in großen Ställen zu richten.